

anzulegen, um aus einem tüchtigen Mitglied des Braunen Hauses und der Botenpartei Adolf Hillers ein ebenso energiegeladener und tüchtiger Funktionär, Beraternummer und begabter Anhänger Hilbers zu werden?

Erdrärmliche Zeiten, erdrärmliches Jenseits für eine sozialistische Partei, die soches duldet und fördert und deren Agitatoren gemessen werden an der Größe des Maulwurfs statt an dem Grad des Charakters, des Willens, der Erfahrung, der politischen und organisatorischen Erprobung und Standhaftigkeit. Jeht Jahre Herrn Hiller zu dienen, Krach mit dem Braunen Haus zu bekommen und ein kommunistisches Parteimitglied zu erwerben, es reicht für die SPD, einen solchen eben übergetauften Menschen als Redner in die Versammlungen zu schicken. Die Waige gegen die SPD bleibt dieselbe und braucht nicht ausgetauscht zu werden.

In Dresden war die Rede eines solchen neugeborenen Kommunisten der Anlaß zur poli-

tischen Auflösung der Versammlung. Es sei dahingestellt, ob diese Auflösung berechtigt war oder nicht.

Jedenfalls beginnt das Schuldenspielen der Polizei mit den blutigen Ereignissen nach der Auflösung. Die Polizeibeamten erklären, sie seien angegriffen worden. Aber selbst wenn das richtig ist, so gibt es für die Art, wie sich die Polizei gewehrt hat, keine Rechtfertigung.

Als das Blutbad begann, bereit der größte Teil der Demonstranten den Saal bereits verlassen. Die Abwehr der Polizei hätte deshalb nicht so vor sich zu gehen brauchen, wie das geschah. Selbst wenn den 30 Polizeibeamten noch hundert oder gar zweihundert Versammlungsteilnehmer gegenüber gestanden haben würden, hätte es möglich sein müssen, sie durch Schreihäufle und mit dem Gummihüpfel in Schutz zu halten.

Statt dessen wurde ein Gewehrfeuer entfacht, als ob der Gegenstand eine schwerbewaffnete Macht gestanden hätte. Die sozialdemokratische Fraktion des Sächsischen Landtags hat deshalb aus guten Gründen eine strenge Untersuchung, die Bestrafung und Entlassung der schuldigen Beamten verlangt.

Die Reaktion glaubt ans dem Sturz von Dresden wenig lassen zu können. Sie fordert das Verbot der Arbeiterpartei und die Auflösung aller Rechte des Rates. Der Herr Dr. Bredner ist sehr froh, daß nur die Arbeiterpartei außer Verfolgung der Polizei aus den Versammlungen geht, die Gewähr geben kann, daß der im Volk vorhandene Explosionsstoff nicht vermehrt wird. Freiheit für die Reaktion siehe ein Wahnquasitrel, dessen Folgen unermehbar sind!

Gegen soziale Härten

Beschlüsse des sozialpolitischen Ausschusses

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages beriet am Mittwoch die Anträge zur Beseitigung der durch die Arbeitsverordnungen geschaffenen Härten in der Unfall- und Arbeitslosenversicherung. Die sozialdemokratische Fraktion verlangt vor allem Aufhebung der Seilungsverordnungen in der Unfall-, Arbeits- und Arbeitslosenversicherung, Wiedereingliederung des Kinderlozes und der Waisenrenten bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, in der Arbeitslosen- und Arbeitslosenversicherung Wiedereingliederung der Arbeitslosen in der Unfallversicherung, Wiedereingliederung der Arbeitslosen in die Unfallversicherung mit dem Betriebsunfällen und Wiedereingliederung der kleinen Rentner.

Staatssekretär Dr. Grieser versprach, man werde die Härten beseitigen, sobald eine Besserung der Wirtschaftslage eintritt.

An der Abstimmung haben sich die bürgerlichen Parteien größtenteils nicht beteiligt. Nur die Sozialdemokraten und die Kommunisten traten für eine fähbare Milderung der Härten ein.

Nazi-Willfür am Pranger

Gerichtsbefehl in Anhalt

Dessau, 26. Januar. Den nationalsozialistischen Ministerpräsidenten des Freistaates Anhalt wurde am Donnerstag durch Gerichtsbefehl nachgemeldet, daß er seine amtlichen Funktionen zu parteipolitischen Zwecken ausübt.

Am 1. Juni 1933 wurde der sozialdemokratische Stadtrat in Dessau auf 12 Jahre als bester Stadtrat gewählt. Im August 1932 gab die Anhaltische Partei die Zustimmung für die Wahl der sozialdemokratischen Partei ab. Die Wahl der sozialdemokratischen Partei ist ein Verstoß gegen die Parteiverfassung, die die Wahl der sozialdemokratischen Partei auf 12 Jahre als bester Stadtrat festsetzt. Die Wahl der sozialdemokratischen Partei ist ein Verstoß gegen die Parteiverfassung, die die Wahl der sozialdemokratischen Partei auf 12 Jahre als bester Stadtrat festsetzt.

Gegen „Staatsnotstand“

Protest der christlichen Gewerkschaften

Der Vorstand der christlichen Gewerkschaften nahm in Duisburg zur Lage Stellung. Die Führer der Christen wandten sich gegen jede Diktatur. Die letzte durchgeführte Aktion vom „Staatsnotstand“ müsse von ihnen abgelehnt werden. Sie betonen, daß der Notstand keine willkürliche Behörde werden, wenn sich die diktatorischen Kräfte endlich damit abfinden würden, daß sowohl der Staat als auch die Regierung nicht dafür da seien, gegen das Volk zu wirken. Die christlichen Gewerkschaften hätten seit ihrer Gründung mit allen verfügbaren Kräften gegen alle von unten kommenden Unstetigkeiten gekämpft. Mit derlei Lebensnotstand und Energie werde von ihnen jedoch auch der Kampf gegen den Staatsnotstand von oben aufgenommen werden. Gutheißend das heilige Volk, so wie die Verhältnisse gegenwärtig gestaltet seien, von allen Experimenten nicht zu erwarten.

Aufruf der Eisernen Front

An die Arbeiterschaft Dresdens

Die Sozialdemokratische Partei Groß-Dresdens hat anlässlich der blutigen Vorfälle am Mittwochabend folgenden Aufruf erlassen: „An die Arbeiterschaft Dresdens! In der Nacht vom 25. zum 26. Januar sind in Dresden in einer kommunistischen Versammlung neun Arbeiter erschossen und elf schwer verletzt worden. Große Wutregung herrscht in der Dresdener Bevölkerung über diesen blutigen Vorfalle. Gleichgültig, von welcher Seite der erste Schuß gefallen ist, ob von Versammlungsteilnehmern, die der Polizei überliefert, oder von anderen Seiten, Hauptpflicht trifft jene Kreise, die die nach der Verfassung geschaffene freie Meinungsäußerung unterbinden. Auf der anderen Seite muß auch gesagt werden, daß Brodatationen, wie sie die Kommunisten immer wieder anwenden, zu schweren Auseinandersetzungen führen müssen. Jahrelang haben die Kommunisten gegen sozialdemokratische Beamte in lebenden Stellungen gewütet und gehetzt. Jeht zeigt sich die Folge einer solchen verantwortungslosen Politik für die Arbeiterschaft. Erst mußte Menschenblut fließen, die die Einmütigkeit der kommunistischen Partei als Arbeiterpartei war. Die Dresdener Arbeiterschaft trauert um die Toten.“

Die Sozialdemokratische Partei erhebt gegen das blutige Verbrechen der Dresdener Polizei scharfen Protest. Sie wird in großen Protestkundgebungen zu der Situation Stellung nehmen. Arbeiter-Partei-generellen Gewerkschafts-kongress folgt in dieser gemeinsamen Stunde nur den Worten Eurer Organisation. Für Euch sind maßgebend die Beschlüsse der Sozialdemokratie und der Eisernen Front! Laßt Euch nicht provozieren! Laßt Euch nicht misshandeln, wehrd von Kommunisten nach von Nationalsozialisten! Es lebe die Freiheit!

Das Nachspiel im Sachsenlandtag

Heftige Debatte / Sitzungsunterbrechung / Sozialdemokratie fordert Befragung der Schuldigen

Eigener Bericht

Dresden, 26. Januar.

Der Sächsische Landtag debattierte am Donnerstag die Ereignisse in der kommunistischen Versammlung in Dresden, in der neun Arbeiter erschossen wurden. Die Sitzung des Landtages war reine der düstersten, die in diesem Hause erlebt wurde. Dreimal mußte die Sitzung unterbrochen werden.

Der Minister des Innern erklärte zu den blutigen Ereignissen, die Untersuchung sei noch im Gange, er wolle sich vorläufig jedes Urteils enthalten. Die Beamten seien von der Galerie aus beschossen worden. Diese Schüsse hätten uniformierte Beamte von sich aus ohne Befehl zum Anlaß genommen, nach der betreffenden Stelle der Galerie zu schießen. Mehrere Beamte hätten einen Mann geschossen, der hinter einer Säule in Deckung stehend, auf die uniformierten Beamten geschossen wurde, seien Einschüsse an den Wädellenden und im Bereich des Fußbodens an der Stelle, wo die Beamten gestanden hätten, zu bezeugen. Es habe sich gezeigt, daß durch die Auflösung des Burgfriedens die nach Ansicht der sächsischen Regierung einseitig erfolgt sei, derartige Vorgänge für und für gesteuert werde. Die Regierung werde von sich aus alle Maßnahmen treffen, um derartige Vorkommnisse in Zukunft zu verhüten. Vorläufig sei ein Demonstrationsoverbot für Dresden verhängt worden.

Der sozialdemokratische Abg. Edel antwortete: Nicht ein allgemeines Demonstrationsoverbot ist notwendig, sondern die strengste Be-

strafung des Schuldigen. Die Auflösung der Versammlung erheime als unangehörig. Es sei ein allseitiger Vorgang, daß Nationalsozialisten zum hängen politisch Andersdenkender aufzureden, ohne daß dagegen eingegriffen werde. Nach den Informationen, die die sozialdemokratische Landtagsfraktion bekommen habe, habe der SPD-Mitglied Freidrich dem Sinne nach gesagt: „Wenn die Faschisten morden und stechen, dann werden wir auch in der gleichen Weise morden und stechen.“ Wenn die Faschisten ihre Propaganda weiterreiben, so sei es ganz selbstverständlich, daß die Arbeiterkraft sich dagegen zur Wehr setze.“ Nach den vorläufigen Zeugnisaussagen sei das Vorgehen der Polizei völlig unerschuldlich. Nachlass sei geschlossen worden, nachdem der berühmte erste Schuß losgegangen sei. Wahlos sei auf die fliegenden, wachlos sei auf der Straße geschossen worden, wachlos seien die Männer und Frauen, die in der Versammlung gewesen seien, zur Untertunlichkeit getrampt worden.

Als dann der kommunistische Abgeordnete Krenner sprach, kam es infolge von Störungen zu einer Unterbrechung der Sitzungsfraktion. Ein nationalsozialistischer Journalist, tief nach den übereinstimmenden Zeugnisaussagen mehrerer Abgeordneten Schimpfen gegen die Kommunisten in den Saal. Der kommunistische Abgeordnete Einbermann stürzte daraufhin auf die Tribüne, patzte den in Frage kommenden Journalisten und versuchte ihn mit Gewalt von der Tribüne zu entfernen. Daran wurde er durch andere Journalisten gehindert. Die Sitzung wurde schließlich unterbrochen. Zu weiteren erregten

Auseinandersetzungen kam es dann auf dem Korridor des Landtagsgebäudes neben der Journalistentribüne, wo sich inzwischen außer einigen Abgeordneten der Linken der Nazi-Abgeordnete Dr. Benncke eingefunden hatte, dessen Amunition aufgehoben ist, weil er im Verdacht steht, die Wörder des Henrich begünstigt zu haben. Der kommunistische Abgeordnete Hermann drohte Benncke, er werde ihn aus dem Fenster hinauswerfen. Es wurde Benncke maßlos scheltend geschrien. Er wurde ihm nicht ein Jüdischer Journalist geschickt hätte, den er in der letzten Zeit in Versammlungen in der wütendsten Weise beschimpft hat.

In der neuen Sitzung erklärte der deutschnationale Präsident Dr. Eckardt, die Frage, ob der Journalist Schimpfende in den Saal gerufen habe, sei noch nicht geklärt. Er schloß dann aber die kommunistischen Abgeordneten Einbermann und Hermann aus der Sitzung aus. Daraufhin entstand ein derartiger Tumult, daß die Sitzung von neuem unterbrochen werden mußte. Nach Wiederöffnung der Sitzung teilte der Präsident Dr. Eckardt mit, es sei inzwischen durch zahlreiche Zeugnisaussagen bestätigt worden, daß der in Frage kommende Journalist bedrohliche Worte gesagt habe. Er werde ihm die Beweise entgegenbringen.

Als schließlich der kommunistische Abgeordnete Krenner nach Wiederbeginn der Sitzung und nach abermaligen Zusammenstößen an das Rednerpult getreten war, um seine am Vortage unterbrochene Rede fortzusetzen, schloß der Landtagspräsident die Sitzung, weil der sozialdemokratische Abgeordnete Müller sich weigerte, den Sitzungs-

Auf dem Rücken der breiten Massen

SPD-Kritik im Haushaltsausschuß / Gegen Butterbeimischung und Schleichers Wirtschaftspolitik

Seitdem die Nazis den Reichstag schatzgeleitet und den autoritären Regierungen Papen und Schleicher zur Macht verholfen haben, wird die gesamte Wirtschafts- und Sozialpolitik auf dem Rücken der breiten Massen durchgeführt. Ego, Geschlechter und Unterführungen sind bis zur Unerschöpflichkeit getrieben worden. Jeht wird man sogar notwendige Nachkriegsmittel, so die Margarine erheblich verteuern. Ende Dezember ist durch eine Notverordnung die Beimischung von Butter zu Margarine zugelassen worden. Die Aufhebung dieser Notverordnung verlangt ein Antrag der Sozialdemokraten, der in der Donnerstagssitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages zu einer scharfen Auseinandersetzung mit der verfehlten, nur den Junkern nützenden Agrarpolitik der jetzigen Regierung führte.

An der Aussprache wurde von dem sozialdemokratischen Abg. Wöhe festgestellt, daß der Beimischungszwang die Margarine verteuere, weniger haltbar mache, die Kaufkraft der ärmeren Bevölkerung einschränke und durch schlechtere Ernährung auch den Gesundheitszustand weiter verschlechtere. Abg. Dr. Sillierding (SPD) polemisierte gegen den Minister von Braun, der zwar gemeint habe, der Beimischungszwang sei kein Mittel für die Ernährungspolitik, ihn aber doch durchzuführen wolle. Sillierding stellte fest, das Schlimmste sei, daß die Führer des Bundes der Landwirtschaft nicht den Mut hätten, die Landwirtschaft zu sagen, daß die von ihnen propagierten Mittel der Landwirtschaft keine Hilfe bringen könnten. Bisher hätten alle Maßnahmen nur die Kaufkraft der Verbraucher zerstört, den Bauernwirts aber nicht geholfen.

Die deutsche Landwirtschaft habe immer mit dem Schlimmsten „Wahnsinnspolitik“ gearbeitet. Jeht, wo sie erregt ist, habe sie Überproduktion auf dem Getreidemarkt hervorgerufen. Durch diese künstliche Steigerung der Getreide- und der Futtermittelpreise sei aber die bäuerliche Landwirtschaft schwer geschädigt worden. Man wolle man auch noch die Futtermittel wesentlich verteuern. Der Beimischungszwang von Butter zu dem besseren Margarineforten werde den Verbrauch von Margarine nicht einschränken, sondern

steigern. Die Verdienstspanne der Margarinefabrikanten könne von der Regierung ohne Beimischungszwang besser herabgedrückt werden als mit ihm. Im Interesse der Verbraucher aber auch der Landwirtschaft verlangt die Sozialdemokratie, daß der Anlaß des Beimischungszwanges unterlassen werde.

Die Nationalsozialisten beteiligten sich beziehungsweise an dieser Debatte überhaupt nicht. Ihr Führer, der mit einem Gehalt von 24.000 M. besoldete und lebenslanglich angestellte Direktor des Reichslandbundes, Engel, stellte den Antrag, die Abstimmung zu vertagen, da sich seine Fraktion bei sofortiger Abstimmung weder positiv noch negativ entscheiden könne. Der Antrag auf Vertagung der Abstimmung wurde trotz heftigen Widerstandes der Sozialdemokraten mit den Stimmen der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Deutschnationalen beschlossen.

Schleicher droht wieder!

Im Zusammenhang mit den blutigen Ereignissen in Dresden wird an zukünftiger Stelle an die bereits vor einigen Tagen ergangene Warnung erinnert, daß die Art, in der augenblicklich gehetzt werde, die Regierung veranlassen würde, gewisse Maßnahmen zu ergreifen. Mitglieder würden die Dresdener Vorfälle dazu führen, diese Überlegungen der Regierung zu beschleunigen.

Die Art, in der augenblicklich gehetzt werde — soll das etwa die Antwort der Regierung Schleicher auf die Enthüllung der ungläubigen Offizierskandale sein? Denn die Regierung Schleicher muß hat, gemeinsam mit den Junkern im Sinne der Offizierskandale zu verurteilen, dann braucht sie nur weiter mit Maßnahmen gegen die Wahrheit über die Offiziere zu drohen!

In Dresden muß zunächst die Schuld der Polizei untersucht werden! Sollen Polizei-

schäfte genügen, um neue Ausnahmeverordnungen hervorgerufen?

Im übrigen hat eine Regierung, die die Provokation der Nazis am Weltkrieg gestattet hat, keinen Anlaß, über „Hehe“ zu reden!

Die ungewisse Lage

Die Zentrumsfraktion des Reichstages, die am Donnerstag zur Beratung der politischen Lage zusammengetreten war, hat sich angesichts der Ungewissheit über die künftige Gestaltung der politischen Zukunft auf Freitag vertagt. In der Zwischenzeit dürfte die angekündigte Besprechung zwischen Hugenberg und dem Zentrumsführer Raas stattfinden.

Keine Klärung in Bayern

Eigener Bericht

München, 26. Januar. Der Ministerpräsident des Bayerischen Landtags beschloß am Donnerstag, die Wahl eines Ministerpräsidenten von der Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung am 31. Januar abzulassen.

Denunziation in Wien

Veranlaßt durch eine nationalsozialistische Denunziation, bauschliche die Wiener Polizei am Donnerstag in einem Mißgeschick der Stadt Wien nach 4000 Handgranaten, die dort angeblich von Sozialdemokraten versteckt worden sein sollten. Aber die Polizeiaktion dürfte mehr eine Handgranate noch eine andere Waffe zutage.

Nazi-Amtswalter unterschlagen

In Buer sind eine Reihe von Nazi-Amtswaltern ihrer Kemeier entzogen worden, weil sie umfangreiche Unterschlagungen begangen hatten.

